

Zeitschrift: Jurablätter : Monatsschrift für Heimat- und Volkskunde
Band: 34 (1972)
Heft: 10-11

Artikel: Natur- und Heimatschutz in der Politik
Autor: Jauslin, Werner
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-862129>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 27.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Natur- und Heimatschutz in der Politik

Von WERNER JAUSLIN

Heute ist viel von Umweltschutz, von Raumplanung, von Gewässerschutz, Lufthygiene und ähnlichem die Rede. Was heute auf diesen Gebieten — vielfach gestützt auf wissenschaftlich belegte Untersuchungen und volkswirtschaftliche Überlegungen — unternommen wird, das wurde weitgehend durch die vorerst nur gefühlsmässig begründete Bewegung des Natur- und Heimatschutzes ausgelöst. Sie setzte sich ein für natürliche Bachläufe, für ungestörte Landschaften, für die Pflege der alten Dorfkerne und Ortsbilder. Heute kennt man die Bedeutung aller dieser Punkte. Sie sind notwendig zur Erhaltung einer gesunden Umwelt und um unsere Siedlungen vor Eintönigkeit zu bewahren. Verschiedene nur gefühlsmässig entstandene Widerstände lassen sich heute durchaus wissenschaftlich mit Zahlen oder aus einer Gesamtbeurteilung begründen. In der Politik genügen ohnehin trockenes Zahlenmaterial, gelehrte Abhandlungen oder wissenschaftliche Publikationen nicht. Das werfen auch viele den Politikern vor. Sie vergessen aber, dass ein Widerhall im Volk vernehmbar sein muss, damit ein Problem überhaupt politisch aktuell gemacht werden kann. Viele der heute durchaus anerkannten Vorschläge wurden schon vor Jahrzehnten auch von kompetenten Politikern geäussert. Aber sie verhallten ohne Echo, weil die Zeit dazu nicht reif war, das heisst, weil «man» noch kein Verständnis dafür hatte.

Ein Beispiel aus dem Gebiet des Umweltschutzes mag dies bestätigen: 1947 beschloss die Schweiz — als einer der letzten Staaten — Bleizusatz im Benzin zuzulassen. Damals legte Prof. Leupin, Muttenz, als Mitglied des Nationalrates ausführlich dar, was für Konsequenzen damit verbunden seien. Er konnte mit dem seither tatsächlich eingetretenen Benzinkonsum nicht einmal rechnen, aber er wies auf Grund der damaligen Zahlen nach, wieviel Blei mit der Zeit in unserer Landschaft abgelagert werde. Seine Mahnungen wurden kaum zur Kenntnis genommen. Heute, wo es schwierig ist, den damaligen Entscheid wieder rückgängig zu machen, möchten viele nicht wahr haben, dass rechtzeitig gewarnt worden ist. Damals waren andere Gesichtspunkte im Vordergrund — nicht nur im Nationalrat notabene, sondern in unserem Land und Volk ganz allgemein. Wäre heute der gleiche Entscheid zu fällen, so würden wohl die Debatten in den Räten anders verlaufen. Auch die Zeitungen würden sich eingehender mit diesem Thema befassen als damals, weil sie bei den Lesern auf ein lebhafteres Interesse stossen würden. Dies ist ein Beispiel für viele. Immer wieder kann man feststellen, dass der

richtige Zeitpunkt für eine Massnahme verpasst wurde, weil eben nur wenige genügend Einsicht hatten. Womit keineswegs behauptet sei, dass die Mehrheit immer im Unrecht sei, wenn sie nicht einzelnen Aposteln folgt. Insgesamt werden so wohl mehr schlechte als gute Ideen begraben.

Aber gerade auf dem weiten Gebiet des Natur- und Heimatschutzes haben die ersten Anhänger dafür gesorgt, dass eine Lawine ins Rollen gekommen ist, die diese Belange zu einem massgebenden Gesichtspunkt in der Beurteilung jedes wichtigen Entscheides gemacht hat. Es ist keineswegs mehr eine Frage, *ob* die Belange des Natur- und Heimatschutzes berücksichtigt werden, sondern nur noch in welchem Masse. Da es keine Einheitsdoktrin gibt, und da niemals ein Gesichtspunkt allein massgebend sein kann, gibt es noch genügend enttäuschte Naturschützer, die finden, ihre Belange seien nicht oder zu wenig gewürdigt worden. Im allgemeinen finden aber Bedenken des Natur- oder Heimatschutzes heute gutes Gehör und ein breites Echo, und das ist das Verdienst der Bewegung. Die Entwicklung hat der Bewegung rechtgegeben: Zum einen hat das rasche technische und wirtschaftliche Wachstum erschreckend aufgezeigt, wohin eine unbedachte, ziellose Entwicklung führen könnte. Zum andern hat dieses wirtschaftliche Wachstum auch die Mittel geliefert, die es erlauben, auch die Kosten für derartige Belange zu tragen. Meist handelt es sich dabei um indirekte Kosten, weil man nicht die billigste, sondern eine anspruchsvollere, besser eingepasste Lösung wählt: Man denke etwa an die Auflagen, die der Energieversorgung gemacht werden, z. B. beim Bau der letzten Wasserkraftwerke. Man muss auch die Kosten, die zur Reinigung der Abwässer, zur Vernichtung unseres Abfalls, zur Schonung schöner Gegenden beim Bau von Verkehrsanlagen entstanden sind und noch entstehen werden, dazu rechnen.

Der materielle Wohlstand gibt uns Zeit, diese Probleme besser zu beachten. Er macht aber auch eindrücklich klar, dass die Natur unwiderbringliche, durch keinen materiellen Aufwand beschaffbare Werte bietet, die verloren sind, wenn es uns nicht gelingt, sie noch rechtzeitig zu erhalten. Immer besser verstehen wir den Ausspruch Christian Morgensterns, den Dr. R. Arcioni im Jahresbericht der ANHBL pro 1967/68 zitiert hat:

«Die Natur ist die grosse Ruhe gegenüber unserer Beweglichkeit. Darum wird sie der Mensch immer mehr lieben, je feiner und beweglicher er werden wird. Sie gibt ihm die grossen Züge, die weiten Perspektiven und zugleich das Bild einer bei aller unermüdlichen Entwicklung erhabenen Gelassenheit.»

Das Verdienst der Bewegung für Natur- und Heimatschutz ist es, diese Erkenntnis verbreitet und weiten Kreisen ins Bewusstsein gerufen zu haben. Wenn wir heute einen Planungsartikel in der Bundesverfassung haben, wenn als erstes dringliche Massnahmen auf dem Gebiete der Raumplanung in Kraft

gesetzt wurden und wenn weitere Vorschriften zum Schutze der Natur, der Heimat, unserer Umwelt im weitesten Sinne, erlassen werden, so deshalb, weil das Bewusstsein für diese Fragen geweckt wurde. Gerade durch die dringlichen Massnahmen sollen erhaltenswerte Gebiete geschützt werden. Natur- und Heimatschutz sind damit aufgerufen, die zuständigen lokalen Behörden und Stimmberechtigten zu informieren oder zu alarmieren, damit sich ein Erfolg einstellt. Jeder muss in seinem eigenen Bereich entscheiden. Wir dürfen nicht einzelne Gegenden oder Landesteile bevormunden, wir können sie nur zu überzeugen versuchen, sie beraten. So wenig wir hier bei uns Verständnis für die Feststellung einzelner Instanzen in Bern haben, wenn sie bestimmen, dass die Kühltürme eines Atomkraftwerkes bei Kaiseraugst auch vom Standpunkt des Natur- und Heimatschutzes (wie übrigens auch von allen andern) aus durchaus tragbar seien, so wenig sind auch die Bewohner anderer Gegenden, vor allem der Bergkantone gewillt, sich einem Diktat irgendwelcher Gremien zu unterziehen. Aber auch dort fallen die Argumente des Natur- und Heimatschutz auf guten Boden, so dass es nicht an Verständnis und am Willen zum Erhalten der Naturschätze fehlen wird. Wie wichtig Natur- und Heimatschutz als politische Faktoren geworden sind, zeigt sich schon daran, dass sie kaum in einem Parteiprogramm fehlen, dass sie zu eigentlichen Wahlschlagnern werden und dass es oft sogar schwer fällt, auch andere Gesichtspunkte eines Problemles darzulegen. Natur- und Heimatschutz sind heute in das Pflichtenheft jeder politischen Tätigkeit eingegangen, und es ist darum zu hoffen, dass es noch gelingt, unser Land und unsere Umwelt lebenswert zu erhalten.